

Landwirte rügen Bürokratie und Überregulierung

Diskussion mit CDU-Politikern in Döteberg: Übergabe von Höfen ist ein Thema

Von Thomas Tschörner

Döteberg. Eine ständig weiter ausufernde Bürokratie, Überregulierung und eine fehlende Verlässlichkeit der Politik machen Landwirten zu schaffen. Etwa 20 Bauern haben dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei, und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban jetzt in Döteberg ihre Sorgen und Nöte vorgetragen. Die aktuelle Situation gefährde nicht zuletzt die Weiterführung von Betrieben, warnten sie.



Wir produzieren sehr gute Lebensmittel, das wird aber leider nicht bezahlt.

Henrik Volker,
Landwirt in Döteberg

Gastgeber war Henrik Volker, der zu Einleitung Probleme beschrieb, unter denen sein Betrieb leide. „Ich werde den Hof nicht im Vollerwerb weiterführen“, sagte er. Von den sechs Betrieben in Döteberg würden fünf im Nebenerwerb geführt. Ein auskömmliches Wirtschaften sei mittlerweile schwierig. Dabei habe sich der Familienbetrieb immer angepasst. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es auf dem Volker-Hof noch Vieh gegeben. Die Erträge aus der Landwirtschaft hätten gereicht, um drei Kindern das Studium zu finanzieren. „Wir produzieren sehr gute Lebensmittel, das wird aber leider nicht bezahlt.“ Der Wettbewerb sei nicht fair, weil die heimischen Landwirte im weltweiten Konkurrenzkampf stünden. Dazu kämen ständig neue Vorschriften aus der Politik: Er habe Land dazu gekauft, das jetzt aber brach liegen müsse, berichtete Volker. Zwar habe er eine



Treffen in Döteberg: Viele Landwirte sind von der Politik der Bundesregierung enttäuscht.

FOTO: THOMAS TSCHÖRNER

Anfrage von einem möglichen Pächter, der auf der Fläche Pferde halten wolle. Doch das sei nicht erlaubt, lediglich Schafe oder Ziegen dürften gehalten werden.

Konkurrenz zum Weltmarkt

„Landwirtschaft ist das Rückgrat des gesellschaftlichen Lebens im ländlichen Raum“, sagte Frei. Er sei vor allem „zum Zuhören und Lernen“ nach Döteberg gekommen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion räumte ein, dass die großen Herausforderungen der Agrarpolitik schon älter seien und auch die CDU Fehler gemacht habe. Die derzeitige Politik der Ampelregierung verschärfe die Lage aber deutlich. Inzwischen sei jeder Betrieb mit dem Weltmarkt konfrontiert. Und in Südamerika würden häufig genveränderte Früchte angebaut, in Nordamerika gebe es riesige Felder. Ein Problem seien auch die Preise: In Deutschland wendeten die Men-

schen nur 11,8 Prozent ihres Einkommens für Essen auf. Das sei in anderen Ländern anders.

Die Politik müsse ehrlich sein, forderte ein Landwirt. Es müsse eine klare Ansage geben, ob eine einheimische Lebensmittelproduktion gewünscht sei oder eben nicht. Vieles sei schwammig, sagte auch Gümmers Ortsbürgermeister Christian Schomburg, der ebenfalls als Landwirt arbeitet, und wie die stellvertretende Bürgermeisterin Nadine Pfeiffer (beide CDU) und der CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Gerold Papsch die Versammlung besuchte. So sei eine Tierwohlabgabe wieder im Gespräch. Wozu genau diese dienen solle, sei aber unklar. „Vor der Einführung muss gesagt werden, wofür sie genutzt werden soll.“

Mehr Verlässlichkeit

Ein weiterer Teilnehmer der Runde berichtete von einer Studienreise nach Argentinien. Dort sei die Landwirtschaft voll industrialisiert.

„Wenn man wiederkommt, denkt man, man sei im Irrenhaus.“ Bei großen Themen wie Biodiversität und Klima gebe es keine Angaben, ob bestimmte Maßnahmen überhaupt etwas brächten. Es mangle auch an Zielgenauigkeit: Erst sollten 4 Prozent Fläche stillgelegt werden, dann werde das wieder ausgesetzt. Insgesamt fehle die Verlässlichkeit, klagte ein weiterer Teilnehmer der Gesprächsrunde. Alle drei Jahre änderten sich die Bedingungen, Investitionen – etwa für Maschinen – würden aber normalerweise über einen längeren Zeitraum abgeschlossen. „Unsere Unternehmerrgewinne bleiben gleich, aber die Kosten steigen.“ Seinem 13-jährigen Sohn würde er derzeit raten, etwas anderes zu machen.

Er habe Ackerland und Grünland, sagte Heiko Kauke aus Kirchwehren. Außerdem sei er einer von zwei Landwirten in Seelze, die noch Kühe hielten. Er kritisierte die stetig wachsende Bürokratie. So müsse er

unter anderem Rechenschaft über Köder, Pflanzenschutz- und Düngemittel ablegen. Dazu komme ein Weidetagebuch mit genauen Angaben darüber, wann welche Kuh mit welcher Ohrmarke wie lange auf welcher Fläche gewesen sei.

„Bullerbü-Blick“ der Städter

Verlässlichkeit sei ein wichtiges Thema, sagte Frei. Sie sei eine Grundvoraussetzung für einen Wirtschaftszweig, der überdurchschnittlich reguliert werde. Es gehe aber auch um Aufklärung: Viele Städter hätten das Bild einer „Bullerbü-Tierhaltung“ im Kopf und insgesamt eine romantisierte Vorstellung von der Landwirtschaft. Dies treffe auch auf die Forstwirtschaft zu. Selbst der Wolf werde in der Stadt eher mit dem „Bullerbü-Blick“ gesehen. Letztlich gehe es um die Entscheidung, ob die Landwirtschaft in Deutschland bleiben und weiter Lebensmittel produzieren solle.